

Uwe Schneidewind

Idee Bürgeruniversität

Bürgerwissenschaft und Universität wirken auf den ersten Blick wie nicht zu vereinbarende Fremdkörper: Auf der einen Seite findet sich die Universität als die institutionalisierte, am disziplinären Kanon orientierte Wissenschaft, auf der anderen Seite die freie Wissenschaft von Bürgern außerhalb fester Strukturen. Doch wenn sich Hochschulen zu »Bürgeruniversitäten« entwickeln, dann können Universitätswissenschaft und Bürgerwissenschaft eine äußerst fruchtbare Beziehung miteinander eingehen.

Der Keim der Bürgerwissenschaft steckt heute schon in jeder Universität: Tausende von Studierenden, die als Bürger in die Hochschule kommen – mit Fragen und Wissensinteresse. Doch dieses Potenzial wird in den Hochschulen kaum genutzt, es wird vielmehr »diszipliniert«, dass heißt, die jungen Hochschulbürger werden zu Lernenden, passiv Aufnehmenden, die in oft stark verschulten Studiengängen den theoretischen und methodischen Kanon ihrer Disziplin büffeln. Das ursprüngliche Erkenntnisinteresse wird dabei häufig verdrängt. In besonders deutlicher Form zeigt sich das in den Wirtschaftswissenschaften: Junge Menschen, die ökonomische Zusammenhänge verstehen möchten, denen es wichtig ist, ökonomische Entwicklungsperspektiven auch in gesättigten Volkswirtschaften im Wertewandel zu verstehen, werden in ihren ersten Semestern mit aus dem Zusammenhang gerissenen mathematischen Modellen konfrontiert. Sie begreifen oft viel zu spät, dass viele unausgesprochene Grundannahmen dieser Modelle sie eher vom Verstehensziel weg- als hinführen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich in der Wirtschaftswissenschaft eine der aktuell dynamischsten bürgerwissenschaftlichsten Bewegungen gebildet hat – getrieben von Studierenden, die sich in Netzwerken wie der »Wachstumswende« oder einer »postautistischen Ökonomie« zusammenschließen und über ökonomische Perspektiven einer Wirtschaft jenseits von Wachstum nachdenken. Rund 3.000 der Aktiven dieser Bewegung haben sich alleine im September 2014 zu einer großen internationalen Konferenz in Leipzig zusammengefunden und

die Kraft dieser Bürgerwissenschaftsbewegung illustriert. All dies passiert völlig losgelöst vom akademischen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream an den Hochschulen.

Dabei bemühen sich Hochschulen durchaus um die Brücke zur Gesellschaft: Sie veranstalten Tage der offenen Tür, Kinderuniversitäten oder ein Seniorenstudium. Sie informieren über Forschungsergebnisse in Pressemeldungen und Hochglanzbroschüren. Aber all diese Kommunikation in die Gesellschaft funktioniert nur in eine Richtung: Die Wissenschaft sucht aus ihrer Sicht spannende Fragen, beantwortet sie nach ihren Methoden und berichtet dann über die Ergebnisse. Die einfache Form der Bürgerwissenschaft, die »Citizen Science light« (Finke 2014), verlängert diese Logik nur: Hier werden Bürger lediglich als Datensammler in Projekte von Wissenschaftlern eingebunden.

Eine starke Bürgerwissenschaft, Finkes »Citizen Science proper«, steht für ein Umdrehen dieser Logik: Hier sind es interessierte Bürger, die das Erkenntnisinteresse und die Forschungsfragen definieren. Wenn Bürger und Hochschulen auf einer Augenhöhe zusammenkommen und sich gemeinsam eine Forschungsagenda geben, dann entsteht ein kraftvolles Bündnis, eine »Bürgerhochschule«.

Eine solche »Bürgerhochschule« (Schneidewind 2013, 2014)

- greift in ihrer Lehre Forschungsfragen auf, die Studierende gesellschaftlich bewegen. Sie motiviert Studierende entlang dieser Fragestellungen, disziplinäre Methoden und die Verknüpfung mit anderen Disziplinen zu verstehen. Sie knüpft damit an die Idee des Projektstudiums an, aus dem sich schon in den 70er- und 80er-Jahren in vielen der damals gegründeten Reformuniversitäten interdisziplinäre Forschungsbereiche entwickelt haben.

- »Forschendes Lernen« wird in der Bürgerhochschule zur Realität. Die Bürgerhochschule verwirklicht eine Kultur des Wissensaustausches auf Augenhöhe – zwischen unterschiedlichen Disziplinen, zwischen Lehrenden und Studierenden sowie zwischen Wissenschaft und außerwissenschaftlichen Akteuren.

- Die Bürgerhochschule bezieht Bürger, Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen und deren Wissen in den Wissenschaftsprozess mit ein. Sie wird zu einer öffentlichen Wissensplattform und rückt in die Mitte der Gesellschaft.

- Die Bürgerhochschule qualifiziert BürgerwissenschaftlerInnen in Methoden und unterstützt sie mit Infrastrukturen, um bürgerwissenschaftliche Projekte selbstständig durchführen zu können.

Die Weiterentwicklung zur Bürgeruniversität ist im Kern auch ein akademisches Belebungsprogramm für Universitäten: Es öffnet der Hochschule neue, gesellschaftlich relevante Forschungsfragestellungen, es mobilisiert das Potenzial von Studierenden auf eine ganz neue Weise, und es steht für eine wirklich interaktive Form der Wissenschaftskommunikation.

Warum tun sich Hochschulen dennoch mit der Umsetzung eines solchen Programmes so schwer (vgl. Schneidewind 2013)?

- Forscherinnen und Forscher sowie Lehrende müssen bereit sein, sich auf von außen gestellte Forschungsfragen einzulassen und die Mühen der Verständigung und Kooperation mit entfernten Disziplinen und mit Praktikerinnen in Kauf zu nehmen.
- Studierende müssen die Unabhängigkeit entwickeln, eigene Fragen zu stellen, und die Antworten auf diese Fragen selbstbewusst von ihrer Hochschule einfordern.
- Hochschulleitungen und Fachbereiche müssen die Bereitschaft mitbringen, Fakultäts- und Hochschulstrukturen neu zu denken, um besser auf den Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen einzugehen.
- Das Netzwerk an Kooperationspartnern der Hochschule gilt es weit über Unternehmenskontakte in der Gesellschaft zu verankern und die Hochschule in diesem Netzwerk als Kooperationspartner auf einer Augenhöhe zu positionieren.
- »Transdisziplinäres« Forschen und Lehren müssen ein wichtiger Bestandteil in der Nachwuchsqualifizierung und Qualitätssicherung der Hochschule werden, um den Anspruch einer Bürgerhochschule auf hohem Niveau einzulösen.

Im Wissenschaftssystem gibt es Hemmnisse, aber auch Hoffnungsschimmer (Schneidewind/Singer-Brodowski 2014, Schneidewind 2014). Hemmnisse können darin bestehen, dass manche Wissenschaftsführer vor zu viel Bürgereinfluss warnen, weil sie die Hochschulautonomie hierdurch gefährdet sehen. Tatsächlich ist diese aber durch Staats- und Wirtschaftseinfluss viel eher gefährdet als durch

Bürger, deren Sorge das Gemeinwohl ist. Und so haben sich einzelne Hochschulen in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, sich dem Anspruch einer »Bürgerhochschule« zu nähern:

Das wohl prominenteste Beispiel in der deutschen Hochschullandschaft ist die Universität Lüneburg. Die Nachhaltigkeitsausrichtung der Universität reicht bis Ende der 90er-Jahre zurück. Die Einrichtung der ersten interdisziplinären Fakultät für Nachhaltigkeitswissenschaften in Deutschland im Jahr 2010 war ein zentraler Meilenstein in der Entwicklung. Er schuf die Grundlage für eine problemorientierte Ausrichtung der Forschung und Lehre in der neuen Fakultät, machte interdisziplinäre und problemorientierte Bachelor-, Master- und Doktorarbeiten zur Regel statt zur Ausnahme. Mit der im Jahre 2013 gestarteten Initiative »Deutschland-Europa-Welt 2042« geht die Leuphana Universität aktuell einen nächsten wichtigen Schritt. Sie hat ein auf knapp 30 Jahre angelegtes Längsschnittprojekt angelegt, um Transformationsprozesse zu einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene aktiv zu begleiten. In diese Projekte werden Studierende und Bürger von Anfang an aktiv einbezogen.

Ein ähnlich konsequenter Kurs ist bei der Hochschule Eberswalde zu beobachten, die seit dem Jahr 2010 »Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde« heißt. Die Umbenennung ist Ausdruck der systematischen Ausrichtung von Betrieb, Lehre und Forschung an der Hochschule in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. Von Anfang an hat dabei die enge Vernetzung mit dem regionalen Umfeld eine wichtige Rolle gespielt. Forschungsfragen und Herausforderungen aus Region, Stadt und Gesellschaft fließen unmittelbar in den Lehr- und Forschungsbetrieb der Hochschule ein. Vermittlerplattformen wie die »Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft« spielen eine zentrale Rolle. – In einem bescheideneren Rahmen, als spezielles Angebot an Bürger inmitten einer konventionell organisierten Universität, geht das »Forum Offene Wissenschaft« der Universität Bielefeld ebenfalls einen Schritt auf diesem Wege. Er wird als eine Art Kontrastprogramm geduldet, ja sogar in bescheidenem Maße unterstützt, ist aber im Kern selbst organisiert und frei, seine Agenda unabhängig vom Hauptstudienbetrieb selbst zu gestalten.

Eine junge Entwicklung ist am Standort Wuppertal zu beobachten. Im Oktober 2013 hat die Bergische Universität Wuppertal zusammen

mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie ein gemeinsames Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (TransZent) gegründet. Die Besonderheit des Zentrums besteht darin, dass an ihm Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen Fachbereichen der Wuppertaler Universität beteiligt sind – von Wirtschafts- und Sozialwissenschaften über die Natur- und Ingenieurwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Zentraler Bezugspunkt der Arbeit des Zentrums ist die Entwicklung eines »Transformationslabors Wuppertal«. Die Stadt Wuppertal, die schon im Zuge der industriellen Revolution eine Schlüsselbedeutung hatte, wird durch die Wuppertaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei den ökonomischen, ökologischen und sozialen Transformationsprozessen im 21. Jahrhundert aktiv begleitet. Dabei spielt die aktive Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und den Studierenden in den Wissensprozessen eine zentrale Rolle.

All dies sind erste Anfänge. Der Weg zu einer Bürgerhochschule ist noch weit. Aber es lohnt sich ihn zu gehen, weil er das Potenzial von Hochschulen und von Bürgerwissenschaft in kraftvoller Weise aufeinander bezieht und vor notwendigen Veränderungen nicht zurückschreckt.